

## Ergebnisse des ExpertInnenworkshops

Am 13.06.2013 veranstaltete der Deutsche Naturschutzring (DNR) zusammen mit dem Zentrum Technik und Gesellschaft (ZTG) der TU Berlin und dem Institut für soziale Innovationen (ISInova) einen Expertenworkshop zum Thema **„Rolle zivilgesellschaftlichen Engagements und Bedeutung sozialer Innovationen im sozial-ökologischen Transformationsprozess am Beispiel nachhaltiger Stadtentwicklung“**. Der TeilnehmerInnenkreis setzte sich aus den Bereichen Wissenschaft, Verbandswelt, Politik, Verwaltung und lokalen Initiativen zusammen.

Das Projekt *Generationengerechtigkeit als ökologisch-soziale Herausforderung* beschäftigt sich mit der Frage, wie die Transformation hin zu einer zukunftsfähigen, sozial und ökologisch gerechten Gesellschaft gelingen kann und bringt hierfür relevante Akteure zusammen, um Synergiepotentiale gemeinsam zu erschließen und zu nutzen. Derzeit sprießen in der gesamten Republik unzählige Projekte aus dem Boden, die innovative Ideen entwickeln und umsetzen und sich damit genau diesen Herausforderungen zu sozialer und ökologischer Gerechtigkeit, partizipativ und in der Praxis annehmen. Zu erwähnen seien hier beispielhaft die vielen interkulturellen Gärten, neue gemeinschaftliche und nachhaltige Wohnformen, die Transition Initiativen oder die schnell wachsende Zahl der Genossenschaften in Bereichen wie Energie, Konsum, Verkehr und vielem mehr. **Die Frage ist nun: Wie können diese sozialen Innovationen unterstützt werden? Wie können andere Akteure sich aufstellen, um diese Bewegung konstruktiv zu begleiten?**

Innerhalb der Workshop-Diskussion wurde schnell deutlich, dass die Relevanz der gesellschaftlichen Innovationen an sich wenig in Frage gestellt wurde, da sie wichtige Ideen zur Veränderung der Gesellschaft beitragen und Rückzug, Überforderung oder auch mangelnde konsequente Durchsetzung der Politik sowie die Unzufriedenheit der Bürger, ihr Interesse sich einzumischen und die eigene Lebenswelt zu gestalten, auffangen. Eines wurde hierbei deutlich: Die Menschen wollen **nicht mehr in Kategorien denken, sondern pragmatisch und positiv an Problemen arbeiten.**

Es entstand eine spannende Diskussion, die sich gut eignete, um sich an Fragen der gesellschaftlichen Entwicklungen und Herausforderungen im Transformationsprozess abzuarbeiten. Denn die sozialen Initiativen sind zum einen räumlich versprengt und vor allem inhaltlich sehr divers. Die unterschiedlichen Projekte vereinen also die Themen unterschiedlichster politischer Ressorts in sich, weshalb innerhalb der Diskussion zum einen Forderungen nach einer **übergreifenden Sicht und Zusammenarbeit der unterschiedlichen Politik- und Verwaltungsressorts** deutlich wurden. Aber auch die Pfadabhängigkeiten anderer Akteure wie Verbände, die es häufig verhindern, sich langfristig und nachhaltig zu vernetzen und über die eigene Projektorientierung hinaus zu gehen, wurden kritisiert.

Darüber hinaus wurde über die Vor- und Nachteile von Unterstützung und Förderung an sich gesprochen. Hier wurde schnell klar, dass keine abschließende Antwort auf dieses komplexe Wechselspiel existiert. Zum einen müssen Politik und Verwaltung Freiheiten garantieren, Freiräume schaffen können, aktivieren und zudem natürlich auch finanziell fördern. Auch die Rolle des Staates als ausgleichender und schützender Akteur wurde hervorgehoben. Alltagspraktische Schwierigkeiten und unterschiedliche Entscheidungs- und Mitwirkungsmöglichkeiten gelte es zu erkennen und zu integrieren, um die Teilnahme an Prozessen nachhaltiger Entwicklung als Aspekt der Gerechtigkeit zu gewährleisten. Es wurden zum anderen jedoch auch einige Spannungsfelder analysiert. Beispielsweise die Problematik, dass Förderung und ggf. sogar Institutionalisierung und Verstetigung in manchen Fällen auch eine bremsende, abschreckende und Kreativitätspotentiale verdrängende Wirkung haben können, wurde besprochen. Hier wurde deutlich, dass es **neuer Governanceformen bedarf, die den Ausgleich zwischen Struktur und Experimentieren schaffen und Prozesse zu fördern, aber nicht lähmen** durch zu starke Einmischung und Evaluierung. Weiterhin wurde diskutiert, dass Politik sich stärker am Subsidiaritätsprinzip orientieren muss, Räume für Neugestaltung schafft, die Ausgestaltung jedoch wenn möglich vor Ort bzw. bei den Menschen selbst belässt. In Politik und Verwaltung müsse **hierfür Vertrauen in soziale Innovation** aufgebaut werden, um diese sich austoben und ausprobieren zu lassen. Vertrauensbildende Maßnahmen, Kennenlernen auf Augenhöhe und unvoreingenommener Wissensaustausch seien hierfür sehr relevant. Bei aller Freiheit sich auszutoben, sei es jedoch auch wichtig und fruchtbar Ideen zu entwickeln, wie sich bestimmte soziale Innovationen in die Politik integrieren und sich ggf. sogar institutionalisie-

ren lassen können. Die Frage, wo **Andockstellen für die Politik** zu finden sind, sei weiter zu verfolgen.

Auch die Frage nach neuen Governanceformen, die eine **bessere Bürgerbeteiligung** unterstützen, stand im Raum. Der Politikverdrossenheit müsse mit mehr qualifizierter Beteiligung, verbesserten Prozessen und früherer Einbindung entgegengewirkt werden. Der Wert der Beteiligung – und in gewisser Hinsicht der **Wert des aufgeklärten Eigeninteresses** – müsse neu definiert und in gewisser Hinsicht auch rehabilitiert werden, um die Grundlage für eine nachhaltige Motivation zu bilden.

Bei den Verbänden war zu erkennen, dass Betrachtungen aus den unterschiedlichsten Perspektiven existieren. Ähnlich wie bei einzelnen Projekten sei hier die Problematik der Balance zwischen Freiheit und Angebundenheit im Zusammenhang mit Fördern und Fordern der Politik zu erkennen, aber auch ihre eigene Unbeweglichkeit, mit anderen Akteuren zusammen an transdisziplinären Lösungen zu arbeiten. Bei letzterem müssen Themen, die man teilt, identifiziert werden und eine **Operationalisierung der großen Worte in kleine Schritte** erfolgen, damit es mit der Mobilisierung nicht mehr nur auf der Symptomebene klappt. Mit Blick auf die Unterstützung innovativer Projekte wiederum müssen sich auch die Verbände selber die Frage nach der **Balance zwischen Einbindung oder Zusammenarbeit, ohne zu vereinnahmen**, stellen. Diese muss innerhalb der Verbände diskutiert und entwickelt werden.

In einem Punkt waren sich die Teilnehmer sehr einig. Die Verbreitung und Vernetzung der unterschiedlichen Ideen, Ansätze und Projekte ist von besonderer Relevanz. Gerade in urbanen Räumen könne man soziale Innovationen als Treiber der Entwicklung ansehen und ihre **Diffusion bzw. der Versuch Nachahmer für ihre Ideen zu finden, die ihre Alltagspraxis ändern**, muss ins Auge gefasst werden.

Für das Projekt Generationengerechtigkeit als ökologisch-soziale Herausforderung ergaben sich hier heraus **wichtige Erkenntnisse**. Zum einen kann festgehalten werden, dass der Projektansatz der Verbreitung innovativer Ansätze – bspw. durch Newsletter, best-practice Besuche und die Internetseite [www.nachhaltigkeits-check.de](http://www.nachhaltigkeits-check.de) – sowie der übergreifenden Vernetzung von Akteuren unterschiedlicher Ressorts auch in Zukunft mit viel Energie vorangetrieben werden sollten. Denn die transdisziplinäre Zusammenarbeit unterschiedlicher Akteure und die Diffusion von innovativen Ansätzen stellen zwei zentrale Motoren für die gesellschaftliche Transformation dar.

Darüber hinaus konnte das Projekt viele Inspirationen mitnehmen, die Fragen um die Einbindung von lokalen Projekten in Verbandskontexte und Herausforderungen im Zusammenhang mit Partizipation und Teilhabe und der Suche nach Andockstellen für Verwaltung und Politik betreffend.